

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Dr. h. c. h. Auer
Verlag: Auer-Verlag
Hauptstadt: Chemnitz
Telefon: 1000

Abonnementpreise: Ein Jahrgang 12.00 Mark, sechs Monate 6.00 Mark, drei Monate 3.00 Mark, ein Monat 1.00 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Auslandsendung 1.00 Mark. Postamt: Chemnitz, Postfach 1000.

Nr. 190

Mittwoch, den 16. August 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Das Reichskabinett hat gestern die durch das Scheitern der Londoner Konferenz entstandene außenpolitische Lage erörtert. Die Beratungen, welche nicht abgeschlossen sind, werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Der bayerische Kultusminister will die Mittelschulen des Reichsministeriums des Innern für den republikanischen Schulunterricht in den bayerischen Schulen nur mit Vorbehalt und Einschränkungen annehmen.

Das englische Luftfahrtministerium beabsichtigt, einen Luftdienst von London nach Berlin mit Unterstützung der Regierung zu eröffnen. Der Dienst soll später bis Berlin ausgedehnt werden.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorübergehend auf 1015.

Bruch oder Abbruch?

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der negative Ausgang der Londoner Konferenz stellt naturgemäß ein wichtiges politisches Ereignis dar. Die Auswirkungen für Deutschland sind zunächst katastrophal. In den deutschen Ohren ist gestern der Dollar auf über 1000 Mark hinaufgeschossen. Neben den innenpolitischen Folgen dieser neuen Markkatastrophe für Deutschland interessiert vor allem die Frage, wie sich die Dinge jetzt weiter entwickeln werden. Frankreich hat jetzt seine so stürmisch geforderte Handlungsfreiheit wieder. Damit ist freilich noch lange nicht gesagt, daß es jetzt uns gegenüber tun und lassen kann was es will. Von den blutigen Forderungen, welche Poincaré in London vorbrachte, kann er allein keine einzige in Kraft setzen. Ohne die Zustimmung der übrigen Alliierten ist an eine neue Zollvereinbarung, an Beschlagnahme der Forsten und Bergwerke, sowie an Erhebung einer Ausfuhrabgabe nicht zu denken. Frankreich ist hier durch den Versailles Vertrag gebunden. Es hat sich einmal in der eigenen Schlinge gefangen, und würde es diese zerreißen, so wäre das eine Lösung des gordischen Knotens, die ohne weiteres zu einem Bruch der Entente führen müßte. Frankreich bleibt höchstens der Weg zu politischen oder militärischen Sanktionen, der bekanntlich viel kostet, aber nichts einbringt. Es ist möglich, daß ihn Poincaré beschreitet, weil er den Pariser Schreibern sonst nichts Positives zu bieten hat. Aber sicher ist das keinesfalls. Zunächst scheint doch der Abbruch der Londoner Konferenz in Frankreich wie in England starke Beunruhigung hervorgerufen zu haben. Die englische Presse dreht sich. Sie vermeidet peinlich, das ins Feuer zu gießen und selbst der alte ehrliche Seemann Poincaré hat vor französischen Journalisten bezeugt, daß er einen Bruch der Entente nicht will. Es ist wahrscheinlich, daß jetzt von beiden Seiten in verstärktem Maße Bestrebungen einsetzen, doch noch eine Lösung zu finden. Geschäftsbearbeitungsmäßig liegen die Dinge so, daß ja die Londoner Konferenz in erster Linie zusammentrat, um über das deutsche Moratoriumsgesuch vom 12. Juli zu entscheiden. Man wollte in dieser Frage der Reparationskommission die Last abnehmen. Nun wird sie ihr wieder aufgebürdet. Aber in der Reparationskommission dürfte die gleiche Unklarheit Platz greifen, welche das Kennzeichen der Londoner Konferenz war. Wenn Frankreich und Belgien sich gegen das Moratoriumsgesuch aussprechen, dann ist es mit Stimmengleichheit abgelehnt. Da aber dann die von Frankreich vorgeschlagenen Zwangsmaßnahmen ebenfalls mit Stimmengleichheit abgelehnt werden würden, so wäre die berühmte Kommission praktisch auf dem toten Punkte angelangt. Sie hat inzwischen der deutschen Regierung mitgeteilt, daß die Entscheidung über die Zahlung der Reparationsrate für den 15. August noch in der Schwebe bleiben sollte.

Man muß dabei streng von der fälligen Reparationsrate für August die Zahlungen für das Augustverfahren trennen. Auch für die Ausgleichszahlungen hat die deutsche Regierung um einen Zahlungsausschub ersucht. Diese Frage beschäftigt die Reparationskommission nicht, sondern muß direkt mit den beteiligten Regierungen erledigt werden. Auf unser Sendungsgesuch hin hat Poincaré sofort mit den Reparationsmaßnahmen in Esch-Bohringen geantwortet. Um ihm hier in den Arm zu fallen, hat die Schlussfugung der Londoner Konferenz noch rasch beschlossen, daß wir die fällige Augustrate im Betrage von 2 Millionen

Pfund oder 42 Millionen Goldmark zahlen sollen. Das ist zweifellos gut gemeint, um den Wüterich Frankreich in seine Schranken zu verweisen. Aber Deutschland ist, besonders nach dem neuen Marksturz, garnicht in der Lage, die 42 Millionen Goldmark für die Ausgleichszahlungen aufzubringen. Die deutsche Regierung teilt in einer Note mit, daß sie 1/2 Million Pfund, also über 10 Millionen Goldmark, am gestrigen Tage für die Ausgleichsforderungen überwiesen hat. Es scheint das unser leistbares Höchstmaß augenblicklich zu sein.

Poincaré weiß es freilich anders. In seinem Speech vor den französischen Journalisten hat er Deutschland wieder einmal beschuldigt, daß es zahlen könne, aber nicht wolle. Wie ein Reporter sechsten Grades hat der französische Ministerpräsident von deutschen Banken auf dem Balkan gesprochen, die eine systematische Entwertung der Mark betrieben. Deutschland wolle vor den Augen Europas Bankrott machen, um eine Herabsetzung des Zahlungsplanes zu erlangen. Man muß beinahe über die volkswirtschaftliche Ignoranz des französischen Ministerpräsidenten mehr staunen als über seine Kühnheit, mit der er solchen Unsinn vor doch immerhin urteilsfähigen Menschen vorträgt. Der Zweck der ganzen Rede vor den Journalisten war freilich ein anderer. Der französische Ministerpräsident will nicht den Bruch der Entente; denn auf die Dauer weiß er ganz genau, daß er, mit diesem Odium belastet sehr bald in seinem Lande abgewirtschaftet würde. In England ist man sich gleichfalls darüber klar, daß ein Bruch mit der Entente Englands Einfluß in Europa gewaltig schmälern muß. Darum glauben wir nicht, daß der Abbruch von London zu einem Bruch zwischen Frankreich und England führen wird. Aber es wird schwer sein die Fäden wieder zu knüpfen, wenn etwa heute die Reparationskommission zu dem gleichen negativen Resultat kommen sollte, wie die Londoner Konferenz. Es ist darum nicht unwahrscheinlich, daß man in der Reparationskommission abermals seine Zuflucht zu einer kurzen Interimsregelung nehmen wird. Damit ist freilich nur etwas Zeit gewonnen. Immerhin würde eine solche Regelung bedeuten, daß die Konferenz von London nur ein Zwischenakt war. Da Deutschland beim besten Willen nicht mehr kann, so bleibt ihm nichts anderes übrig, als den Fäden seinen Lauf zu lassen.

Hoffnungslosigkeit in deutschen Regierungskreisen.

Die durch den ergebnislosen Abbruch der Londoner Konferenz geschaffene politische Lage wird in Berliner Regierungskreisen als hoffnungslos betrachtet. Es wird vor allem betont, daß es geradezu idyllisch wäre, sich jetzt noch irgendwelchen Hoffnungen auf einen Bruch in der Entente und eine dadurch herbeigeführte Besserung der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands hinzugeben. Die weitere Entwicklung müsse mit der allergrößten Skepsis verfolgt werden, nachdem sich gezeigt habe, daß Deutschland von keiner, aber auch von gar keiner Seite eine über das theoretische Wollen hinausgehende Hilfe erwarten dürfe. Der bisher schleichende, sich vollziehende Verfall Deutschlands werde nun in ein Stadium treten, in dem es kein Aushalten mehr gäbe. Das zeige klar und deutlich das Gelingen an der Waise erfolgte

Steigen des Dollars über 1000 hinaus. Diese Panik, die sich der Handels- und Wirtschaftskreise bemächtigt, sei nur zu begründlich, wenn man bedenke, daß auch auf dieser Konferenz, von der man wenigstens erwartet hatte, daß sie den Anlauf zu einer Regelung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse bringen würde, der Verzicht der Sieg verwehrt blieb.

Kabinettsberatungen zur Lage.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning hat gestern mittag um 12 Uhr in der Reichskanzlei eine Chefsprechung stattgefunden. Gegenstand der Beratung war der Stand der Moratoriumsfrage nach dem Abbruch der Londoner Konferenz und die Frage der Ausgleichszahlungen. Die Ressortminister nahmen an der Beratung teil. Irigendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Es wurde lediglich die Redaktion einer Note vorgenommen, welche in der Angelegenheit der Zahlung der 500 000 Pfund Sterling den Alliierten überreicht werden soll. Die Veröffentlichung dieser Note ist für Mittwoch zu erwarten. Gestern abend 6 Uhr trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen, in welcher die gesamte, durch den Abbruch der Londoner Konferenz geschaffene politische und wirtschaftliche Lage besprochen wurde. Das überaus scharfe Angeben der Devisenkurse hat auch in Regierungskreisen lebhaft Unruhe hervorgerufen.

Die Stimmung in Bayern.

Die bürgerliche politische Presse Bayerns war erst am Montag in der Lage, zu dem Berliner Protokoll Stellung zu nehmen. Sämtliche bürgerliche Pressestimmen sind wenig erbaud von dem in Berlin Erreichten. Die Münchener Neuesten Nachrichten legen der Erklärung der Reichsregierung deshalb keine besondere Bedeutung bei, weil sie eine reine Meinungsäußerung der jetzigen Reichsregierung darstelle, deren politische Tragweite schon durch die Lebensdauer dieser Regierung begrenzt sei. Dafür geben aber die Münchener Neuesten Nachrichten dem Wirtshaus der Weimarer Verfassung, Justizminister Dr. Düringer, das Wort zu einem längeren Aufsatz, in welchem dieser Jurist erklärt, daß das materielle Recht auf seinen Baherns sei. Justizminister Dr. Düringer fährt fort: Wohin läme man, wenn man durch verfassungsändernde Gesetze die Hoheitsrechte der Länder, ihre staatliche Selbständigkeit in Verfassungsfragen, jeden Tag ganz oder teilweise aufgeben oder beseitigen könnte. Die Hoheitsrechte eines Landes dürfen nach der föderativen Grundlage des Reiches und dem föderativen Charakter seiner Verfassung ohne des betreffenden Landes Zustimmung nicht angefaßt werden. Das gilt für die kleinsten deutschen Länder so gut wie für das größte. Deshalb ist das Reichsrecht, welches diesem Rechtsgrundgesetz widerspricht, materiell verfassungswidrig. — Der Bayer. Kurier erklärt, daß das Protokoll keine Lösung, sondern gänzlichstfalls ein Wechsel für die Zukunft sei, aber dessen Einlösung nichts sicherer feststeht. — Die Münchener-Neuesten Nachrichten schreiben: Man täusche sich ja nicht. Die Erregung in Bayern über die sogenannte Verständigung wächst zusehends. Die bayerische Verordnung darf nicht kurzerhand aufgehoben werden, ehe die von Bayern geforderten Sicherheiten und Bürgschaften nicht einwandfrei gegeben sind. Sonst hat Bayern als selbständiger Staat aufgehört.

Man muß also dem heutigen Mittwoch mit großer Spannung entgegensehen. In der bayerischen Mittelpartei besteht wenig Regung, dem Berliner Protokoll zuzustimmen. Innerhalb der bayerischen Volkspartei sind sehr viele, die nicht mit dem Protokoll einverstanden sind. Wie sich der bayerische Bauernbund verhalten wird, muß man abwarten. Auch der bayerische Bauernbund hat für den heutigen Mittwoch seine Fraktion zur Vorstandssitzung einberufen.

Eine französische Beschwerde über v. Kahr.

Der Reichsregierung ist eine französische Beschwerde wegen der früheren Rede des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr überreicht worden. Der Bayer. Kurier bemerkt, daß diese Beschwerde nichts anderes sei, als der französische Gegenzug gegen die Kompromittierung des französischen Gesandten in München durch im Beoprechungs-Prozess und das daran sich anschließende Abberufungsverfahren der bayerischen Regierung.

Macht geht vor Recht.

Das Herz dreht sich einem im Leibe um, wenn man die Berichte über die Not und Verzweiflung der ausgetriebenen Esch-Bohringer liest. Zwar wurden sie diesmal nicht, wie bei früheren Anlässen, herdenweise über die Grenze getrieben, sondern durften als besondere Vergünstigung einzeln das Gebiet verlassen, dafür mußten sie einer umso gründlicheren Selbstkürung sich unterziehen, damit sie ja nicht eine Witzfigur über die erlaubten Summen mit sich nahmen. Angesichts dieser französischen Retorik ist es wahrlich kein Wunder, daß auch im neutralen Ausland über diese grausame Verfügung Entrüstung und Empörung herrscht. Aber auch in der oberbayerischen Bevölkerung selber macht sich mehr und mehr eine tiefe Erregung breit. Denn es handelt sich ja nicht um die Enternung unversicherteter Elemente, sondern um harmlose Menschen, an denen Poincaré seine Wut und seine Rache ausläßt. Sie alle sind Opfer jenes infamen Tenenzlautes und Spiegeltums jener Commission de Litige, bei welcher die lächerlichsten Verleumdungen Gehör fanden, jener Kommission, welche Hand in Hand arbeitet mit der Commission speciale, welche auch die verschiedenen Kategorien von schwarzen Listen aufstellt. Frankreich leistet sich hier Dinge, die zum Himmel schreien und die jedem Rechtsbewußtsein ins Gesicht schlagen. Die Saat, welche es damit ausstreut, wird einmal furchtbarlich aufgehen. Umso mehr ist es Pflicht aller deutschen Volksgenossen, die Vertriebenen mit Rat und Tat zu unterstützen, ihnen in ihrem ehrlichen Bemühen sich in die deutschen Verhältnisse zu finden, zu helfen und in ihrem schweren Kampfe zur Gründung einer neuen Existenz mit allen Kräften zur Seite zu stehen. Was für Hilfe tut umso mehr Not, als ja durchaus damit zu rechnen ist, daß Poincaré noch weiterhin das Recht

Die gum...
hängen...
den, der...
ist in...
Blasen...
in Un...
ar 1919...
ruid be...
den vom...
dem...
2 dieser...
mehr...
Recht mit...
die Er...
neuen...
durch...
auf...
erleichterung...
Auslande...
nehmen...
begehren...
infolge...
Sch...
heit des...
uerlichen

erbeten.

ziten

ein simpl...
auf...
Auger

ermöbel

antilig bel...
midt

Teleph. 587.

nfe

eration u...
werden...
Stunde...
Werkur...
12. Aug...
be, We...
schieden...
St. 4004...
he bis. Bl.

Werk

alt. 714...
schen gen...
Wid...
St. 4004...
le bis. Bl.

ch-

ne.

gefucht...
4000...
erb.

beiter

ofort

elle.

er werden...
T. 4001...
erbeten.

ute

hoff., evh...
und 901...
burg 96...
S. 128.

igja

iff

überhördlichen Stellungnahme, unterblieben bei uns in Sach...

Der Stenographenliste sollte mit dem gestrigen Dienstag sein...

Der neue Brotpreis. Einen interessanten Ueberblick über...

Kreisstagung des D. S. B. Der Kreis Plauen-Zwickau des...

Diebstahl. In der letzten Zeit bleibt von den Dieben doch...

Prüfung des Reisepasses. Als Reisepass können nur...

August 15. August. Starker Arbeitermangel im...

Welpitz 15. August. Internationale Pressekonferenz...

Dresden, 15. August. Der neue Dresdner Polizeipräsident...

Neugersdorf, 15. August. Aus härteren Kon-

Hitze, 15. August. Vom Blitz getötet. Ein Blitzschlag...

Berichtsjahr.

Bestrafter Wasserfall. Der 57 Jahre alte Handarbeiter...

Ueberprüfung des Achtstundentages. Der 24 Jahre alte...

Handel und Verkehr.

Schwarzberger Pressfabrik, K.-G. in Schwarzberg. In der...

Veranstaltungen.

Der D-Zug Berlin-Böden eingeleitet. Der um 10,50 Uhr...

Wilder Landarbeiterstreik in Oberbarnim. Im Kreise...

Die Dohndörfer Französisches Nationaldenkmal. Straß-

Das Gedächtnis in Prag. In der nämlichen Zeit...

Ein Denkmal für Andreu. Aus Prag wird geschrieben...

Wie man den Nebenbuhler los wird. In der Stadt...

Die älteste Zeitung. Vor kurzem ist eine Patriarchin...

Große Hitze in China und Japan. In Japan und dem...

Wassito, der neue Mabetang. Der Schimmel ist tot...

Letzte Drahtnachrichten.

Wien i. B., 16. August. Von den Gendarmenbeamten...

Wahnen gegen die Teuerung. Berlin, 16. August Die...

Frankreichs weitere Haltung. Paris, 16. August. Zu...

Wegen Landesverrats verhaftet. Stuttgart, 16. August. Der...

Unter polnischer Herrschaft. Breslau, 16. August. In...

Zwangspensionierung. Gera, 16. August. Vom...

Einige Drahtnachrichten. Hindenburg, 16. August. Wegen...

Prüfung der Esperanto-Konferenz. Brisingfors, 16. August. Die...

Christiania, 16. August. Die Aktion Posten berichtet...

London, 16. August. Die britischen Regierungstruppen...

Menschenhandel mit Deutschen.

Frankreich will seine Fremdenlegion bis zum Jahre 1928...

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Krugold. Druck und Verlag...

